

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Band: 74 (1999)
Heft: 9

Rubrik: Standpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Armeeaufträge haben sich anzupassen



Der grösste Teil unserer Leserschaft hat die Armee 61 wenn nicht selbst erlebt, so doch bestimmt von ihrer Aufgabe gehört. Damals ging es in erster Linie um die Verteidigung des Landes gegen mögliche Feinde von aussen, die man auch ohne weiteres beim Namen nennen konnte. Die Armee 61 befolgte den Grundsatz der bewaffneten Neutralität.

Mit der Armee reform 95 änderte sich der Auftrag der Armee. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa hatte zur Folge, dass der einstige grosse Feind immer kleiner wurde und an Bedeutung verlor. Dafür erkannte man, dass die Armee bei den sich häufenden technischen und Naturkatastrophen auf vorzügliche Weise Hilfe leisten konnte und erweiterte in dieser Richtung ihre Einsatzmöglichkeit. Nun steht mit dem vorliegenden Sicherheitsbericht des Bundesrates eine Umgewichtung der Armeeaufträge bevor. Die Armee XXI soll grundsätzlich ihre bisherigen Aufträge beibehalten, zusätzlich soll sie aber vermehrt für die Friedenssicherung auch ausserhalb der Schweiz zum Einsatz kommen. Mögliche Katastrophen sollen in Zusammenarbeit mit allen zur Verfügung stehenden Hilfskräften auch grenzüberschreitend angegangen werden.

Die Forderung nach Kooperation zieht sich wie ein roter Faden durch den Sicherheitsbericht des Bundesrates. Mit dem bereits gelebten Grundsatz «Sicherheit durch Kooperation» will der Bundesrat einen Mittelweg beschreiten zwischen autonomer Selbstbehauptung und Beitritt zu einem Militärbündnis. Das jüngste Geschehen und die aktuelle Lage verdeutlichen den Trend: Armeeangehörige unterstützten die zivilen Behörden bei den Aufräumungsarbeiten nach Lawinenniedergängen. Sie halfen bei der Bewachung von Botschaften und bei der Betreuung von Asylsuchenden. Auf internationaler Ebene stehen Teile der Luftwaffe in Albanien für Transportflüge im Einsatz. Bei der Kooperation mit dem Ausland geht es um eine verstärkte Zusammenarbeit mit den befreundeten Staaten und internationalen Organisationen sowie um ein intensiveres Engagement bei der Friedenssicherung vor Ort», erklärte Bundesrat Ogi. Der Alpenigel des Zweiten Weltkrieges beschreitet somit an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert neue Wege in Form internationaler Zusammenarbeit. Die Strategie der Abschreckung soll durch eine Strategie der Stabilisierung ersetzt werden. Die Armee soll vom Instrument der Verteidigungspolitik zum Instrument der Sicherheitspolitik werden.

Die Armee muss sich stärker vor Ort für die Friedenssicherung engagieren. Diese neue Konzeption ist die Konsequenz aus der gegenwärtigen und mittelfristig absehbaren europäischen Sicherheitslage. Sie wird im weiteren durch grenzüberschreitende und im Alleingang nicht mehr abwendbare Risiken und Gefahren begründet. «Die Bereitschaft zur Rundumverteidigung im Alleingang gegen alle möglichen Angreifer ist nun einfach Geschichte», stellt die unter Staatssekretär Edouard Brunner tätige Studienkommission für strategische Fragen fest. Darum lautet die Kernfrage, so die Schlussfolgerung des Bundesrates aus dem Bericht Brunner, «wie sich die Schweiz gegen Gewalt staats- und existenzgefährdenden Ausmasses am besten schützen lässt». Unter Beachtung der eigenen Möglichkeiten und Grenzen befürwortet er daher die zwei Reformansätze: Auf nationaler Ebene: Eine umfassende und flexiblere Zusammenarbeit zwischen allen zivilen und militärischen Kräften zur sicherheitspolitischen

Interessenswahrung bei gleichzeitigem Verzicht auf eine aufwendige und dauernde Ausrichtung auf den denkbar schlimmsten Fall.

Auf internationaler Ebene: Eine Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten und Sicherheitsorganen im vorsorglichen Dienst für Frieden und Stabilität. Eine möglichst autonome Selbstbehauptung oder den Beitritt zu einer Militärallianz hält der Bundesrat sowohl aus staats- wie sicherheitspolitischen Gründen für unbefriedigend, weil sie heute nicht zwingend erscheinen. Nach seiner Ansicht seien die neuen Aufgaben auf absehbare Zeit für die Schweiz lösbar unter Beibehaltung bewährter Traditionen wie Neutralität oder Milizsystem. Dazu gehöre auch die volle Nutzung des neutralitätsrechtlichen Spielraumes im Kooperationsbereich.

Die Landesbehörde will das ganze zivile und militärische Sicherheitsinstrumentarium überprüfen und wo nötig erneuern. Neuerungen seien aber auch bei der strategischen Führung nötig. Im Bevölkerungsschutz sollten die Kantone mehr Verantwortung übernehmen.

Als Konsequenz der neuen Strategie wird die Armee zahlenmässig weiter verringert werden. Gleichzeitig wird aber ein Teil der Armee in einer höheren Bereitschaft als bisher stehen, um im Rahmen der Friedensunterstützung und Krisenbewältigung, der Raumsicherung, der Prävention und der Bewältigung existentieller Gefahren rasch einsatzbereit zu sein. Mit der Verkleinerung der Armee sollte deren Modernisierung verbunden werden.

Weil Stabilität und Frieden dann am besten gewährleistet sind, wenn auch auf internationaler Ebene die von der Schweiz vertretenen Werte gelebt werden, ist es laut Sicherheitsbericht nur logisch, eine Strategie der nationalen und internationalen Sicherheitszusammenarbeit zu verfolgen. Deutlich wird im Bericht dazu festgehalten, dass es ausgeschlossen sei, dass wir unter Druck oder Zwang das Recht preisgeben, über unsere eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden.

Sicherheitspolitik ist nicht nur Sache von Armee und Bevölkerungsschutz. Zu ihren Instrumenten gehören ebenso die Aussenpolitik, die Wirtschaftspolitik, die wirtschaftliche Landesversorgung, die Polizei, der Staatsschutz und die Information. Die Reform von Armee und Bevölkerungsschutz sind gegenwärtig in der Planungsphase. Im Jahr 2000 sollen die entsprechenden Leitbilder vorliegen. Die Umsetzung der Reformen ist für das Jahr 2003 geplant.

Die Meinungsumfragen der ETH Zürich bestätigen die hohe Akzeptanz der Armee. Ferner sind der Verteidigungsauftrag und die Katastrophenhilfe im In- und Ausland unbestritten. Bundesrat Adolf Ogi hat einmal den Weg der Armee reform mit einer Klettertour von Bergsteigern verglichen: «Sie müssen nach oben oder umkehren, an Ort bleiben können sie nicht. Unser Weg führt nach oben. Es ist die Extremroute, risikobeladen und anstrengend.» Die Antwort auf die Publikumsfrage: «Wozu diese Mühsal?» lautete: «Wir sind es diesem wunderbaren Land schlicht und einfach schuldig.» Diesen Worten unseres Chefs habe ich nichts mehr beizufügen.

W. Hungerbühler

Werner Hungerbühler, Chefredaktor